



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

weiß, was man will, so soll man nur „fortwurfeln“ und seine Finger überall hineinstecken. Weiß man aber, worauf es ankommt, weiß man, daß der Geburtenrückgang die große Not war, die uns „Bevölkerungspolitiker“ zur Abwehr ausgerüstet hat, so muß man auch den Mut finden, das Ziel fest ins Auge zu fassen. Schriftsteller und Gesellschaften, die „Bevölkerungspolitik“ betreiben, haben wir genug; wir brauchen jetzt vor allem Männer und Vereinigungen, die unbeirrt das Ziel verfolgen, mit der verheerend über unser Volk hereingebrochenen Flut der Geburtenverminderung fertig zu werden. Denn entweder wir werden des Geburtenrückgangs Herr — oder wir gehen zugrunde. Tertium non datur.

Sagen wir also furchtlos und ohne die üblichen „bevölkerungspolitischen“ Klauen, was not tut: not tut uns die Bekämpfung des deutschen Geburtenrückgangs, not tut uns — deutsche Geburtenpolitik.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Soll Herr von Kühlmann zurücktreten? Die nationalen Parteien des Reichstags haben das Anathema über den Staatssekretär des Außern gesprochen. Nicht erst nach seiner Rede vom 24. Juni! Schon lange gilt er ihnen als durchaus ungeeignet, des Deutschen Reiches auswärtige Angelegenheiten zu leiten. Seine Ausführungen am Montag haben das volle Faß des Unwillens zum Überlaufen gebracht. Nicht eigentlich ihr Inhalt, sondern mehr die Form, die Kühle und müde Resignation, mit der die Dinge vorgetragen wurden, die von Sein oder Nichtsein der ganzen Nation handeln, haben die Verstimmung aufs höchste gesteigert. Seine Freunde suchen ihn damit zu entschuldigen, daß er angegriffen und müde war. Er war es tatsächlich in dem Maße, daß er den Maßstab dafür verloren hatte, was er vor der Öffentlichkeit der ganzen Welt sagen durfte. Seine Rede wäre hingegangen für eine vertrauliche Sitzung des Ausschusses, — für die öffentliche Sitzung des Reichstags war sie unmöglich.

Wir geben also das Auftreten des Staatssekretärs am 24. und 25. Juni preis. Dennoch kommen wir zu ganz anderen Forderungen wie unsere Freunde von rechts; wir finden, daß die Kritik an Herrn von Kühlmanns Rede sich vom Standpunkte der Parteien aus taktisch nicht rechtfertigen läßt. Es geht doch, wie jeder weiß, nicht in erster Linie um die Person des Herrn von Kühlmann, sondern

um das Erbe Bethmann Hollwegs im Auswärtigen Amt. Dies Erbe muß erst verwirtschaftet werden, und wir sind im Begriff es zu verwirtschaften durch die großen Siege im Westen. Diese Siege sind es auch, die schließlich die innere Situation in Berlin klären werden, nicht aber ein Personenwechsel zu dieser Stunde. Daher raten wir entschieden davon ab, die Situation im Innern durch einen Personenwechsel retten zu wollen. Sie ist dadurch nicht zu retten, sie wäre nur noch zu verschärfen, und wenn man selbst den Fürsten Bülow oder einen berühmten General auf den Schild erheben wollte. Jeder Staatssekretär des Auswärtigen Amtes wäre mit zwei Erbschaften belastet: mit dem außenpolitischen Erbe Bethmann Hollwegs und dem veralteten Apparat, der sich Auswärtiges Amt nennt; als Drittes könnte man dazu noch die Ungebuld der Linksparteien rechnen. Das außenpolitische Erbe Bethmann Hollwegs kann nur die Armee draußen ummodelln, nicht etwa umstoßen; zu vieles ist vorentschieden, und das Grundsätzliche über die künftigen Beziehungen der Völker untereinander ist Notwendigkeit. Allein auf die Macht gestützt läßt sich kein Welthandel treiben; dazu gehört auch der gute Wille der anderen; diesen freilich müssen wir noch erzwingen mit militärischen und diplomatischen Mitteln. — Eine tief einschneidende Reform des Auswärtigen Dienstes dem amtierenden Staatssekretär in

dieser Zeit zumuten zu wollen, zeugt von vollständiger Verkennung der Größe der Aufgabe. Herr von Kühlmann ist eine Arbeitslast aufgebürdet, wie sie keinem Chef des Stabes bei irgendeiner Armee zugemutet wird. Herr von Kühlmann befindet sich mit seinem unzureichenden Apparat, der durch die Reform des Pressedienstes seit Hamanns Abgange nicht etwa leichter zu handhaben ist, in ähnlicher Lage wie der Franzose Foch, von dem Clemenceau in der Kammer berichtete, er habe sein mildes Haupt auf die Karten sinken sehen. Was Herr von Kühlmann an persönlichen Strapazen allein in den letzten Wochen zugemutet worden ist, ginge über die Kraft noch robusterer Naturen. Man vergegenwärtige sich doch: die Tätigkeit der Friedensschlüsse, die Unterhandlungen wegen Mitteleuropa, wegen Polen, die Ausgleichsbemühungen zwischen den Bundesgenossen, die wirtschaftspolitischen Verhandlungen mit den Neutralen als tägliches Brot; dazu der gesamte innere Amtsdienst mit seinen Ver-

suchen und Empfängen, die Reisen zu den Fürstenhöfen, Besprechungen in Hamburg, Vorträge, Kommissionsitzungen, Reichstag! Wann bleibt dem Manne eine Stunde übrig, einmal den Problemen nachzudenken, wie etwa Ludendorff einen Schlachtplan durchdenkt?

Wir wollen in diesen ersten Stunden uns nicht von Gefühlen leiten lassen, sondern alle Faktoren kühlen Kopfes heranziehen, die für und gegen die Beseitigung des Herrn von Kühlmann sprechen. Ist die Lage so, daß die Heraufführung einer inneren Krise dem allgemeinen Wohle dienlich wäre, so sollten die verantwortlichen Stellen das ihrige tun, um sie möglichst schnell durchzubringen. Ich vermag die Notwendigkeit einer Krise in diesem Augenblick nicht zu sehen.

Uns fehlt vorläufig noch kein neuer Staatssekretär, sondern dem vorhandenen Staatssekretär fehlt Zeit, der großen Politik zu leben. Das ist die Lehre vom 24. Juni.  
G. Cleinow



## Materialien zur Polenpolitik

**Die Thronrede zur Eröffnung des polnischen Staatsrates.** Am 22. Juni wurde zu Warschau der Staatsrat des Königreiches Polen feierlich eröffnet. In der vom Fürsten Lubomirski im Namen des Regenschaftsrates verlesenen Thronrede heißt es:

„Der heutige Tag bedeutet einen wichtigen Schritt vorwärts in der Entwicklung der Kräfte des polnischen Staates. In der Gestalt des Staatsrates erhalten wir denjenigen Faktor der Staatsgewalt, dessen Anwesenheit sowohl die unumgänglichen allgemeinen Bedingungen für die Gestaltung der polnischen Verfassung als auch die eiligen Bedürfnisse des täglichen Lebens verlangen. Daher begrüßt der Regenschaftsrat, ohne seine Augen vor dem Umstand zu verschließen, daß die Grundzüge, auf denen in der ungewöhnlichen Lage der Staatsrat aufgebaut werden mußte, Mängel aufweisen, auch ohne zu vergessen, daß die Zusammensetzung des Staatsrates kein genaues Bild der Ver-

teilung der schöpferischen Kräfte des Volkes wiedergeben wird, in Ihrer Versammlung die erste maßgebende gesetzgebende Körperschaft seit vielen Jahren mit der tiefen und freudigen Zuversicht, daß Ihre patriotische Besonnenheit, Ihr Eifer und Ihre Kenntnis der Noie des Landes eine Bürgschaft für fruchtbare Arbeit und zutreffende Entscheidung in allen denjenigen wichtigen Aufgaben sein wird, die auf ihre Entscheidung warten . . .

Unser Land, das polnische Volk und auch die Nachbarvölker, werden ihr Augenmerk auf Sie gerichtet haben, und im mächtigen Donnergetöse des Weltkrieges, der immer noch Europa mit Blut übergießt, wird Ihre Stimme dennoch laut erschallen. Sie werden, indem Sie den Willen Polens zum Leben feststellen, über seine inneren Angelegenheiten entscheiden und das Maß der nächstern Notwendigkeiten auf sie anwenden, das nationale Interesse umsichtig vor den Gefahren des schwierigen Augenblicks be-

schützen und an eine solche Staatseinrichtung denken, die gestatten wird, alle Kräfte der Nation in ihrem vollen Umfange dem Wohle des Vaterlandes zuzuwenden. Auf Grund derjenigen Gesekentwürfe, die Ihnen als Regierungsvorlage zugehen werden und von dem gemeinschaftlichen Wunsche angespornt, den Augenblick näherzubringen, in dem eine gehörig gewählte Vertretung im nationalen Landtag die wichtigsten Lebensfragen endgültig wird bestätigen können, werden Sie nichts versäumen, was notwendig erscheinen wird, um das Gleichgewicht des Landes zu erhalten, ihm Rechtsformen zu verleihen, solche Staatseinrichtungen zu schaffen, die den eigenen Kräften und den äußeren Bedingungen entsprechen. Sie werden daher neben dem Landtagswahlgesetz und den damit verbundenen grundsätzlichen Vorschriften für den Augenblick der Entstehung des Landtages, die seine Verfassung und seine Tätigkeit bestimmen sollten, den Entwurf eines Militärgesetzes einer Prüfung unterziehen, darauf bedacht, daß es die erste Pflicht eines Volkes ist, welches frei werden will und soll, dem Vaterlande das Recht zu verleihen, die Staatsbürger zu seiner Verteidigung zu berufen.

Eng mit diesen beiden Fragen verbunden und notwendig mit der schon in Angriff genommenen Übernahme der Verwaltung verknüpft ist das Bedürfnis der Feststellung eines Entwurfes für die eigene Verwaltungsverfassung und die eigene Finanzverfassung. Diese beiden Gebiete müssen durch eine Reihe von Gesetzen geregelt werden, die den Wirkungskreis der Selbstverwaltung einerseits und die Befugnisse des Staates andererseits normieren sollen.

Ein weites und dankbares Arbeitsgebiet werden dem Staatsrat diejenigen Entwürfe eröffnen, die sich auf die eiligen wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse beziehen, deren Lösung die seit langer Zeit von der fremden Regierung vernachlässigten und heute durch die Kriegsnot tief untergrabenen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen des Landes verlangen. Das polnische Volk auf die Bahn zu leiten, die ihm Wohlstand und Bildung sichern, durch weise Inangriffnahme der Agrarreform, durch Wiederaufbau und Vermehrung der Werkstätten der Arbeit, durch Bildung

alter und neu zu schaffender Erwerbquellen, durch die Zugänglichmachung der allgemeinen und der Fachbildung, durch Vorbeugung von elementaren Verheerungen, durch Schutz vor Krankheit, durch Fürsorge für die Armut, das sind die allgemeinen Postulate, auf die die einzelnen Gesekentwürfe gestützt werden müssen, deren Gesamtheit für die Richtlinien der sozialen Reformen entscheidend ist, die für ein geregeltes soziales und nationales Leben unbedingt erforderlich sind.

Diese Aufgaben sind groß und verantwortungsvoll. Man darf sie weder hinausschieben noch daran zweifeln, daß die Kräfte zu ihrer Inangriffnahme und Durchführung unzureichend sind. Mit aller Ruhe und vollem Eifer müssen Sie, meine Herren, sich mit den Aufgaben befassen. Der Regenschaftsrat und die polnische Regierung hegen die feste Überzeugung, daß das ganze Volk zu Ihnen steht in dem Bestreben nach einem freien und unabhängigen Dasein, daß dieses Bestreben durch die unerschütterliche Logik der Geschichte unterstützt ist, die durch den großen Krieg zur Befreiung der Völker und zur staatlichen Neugestaltung im Osten Europas führt. Wir stützen uns auf den großherzigen Akt der mächtigen Herrscher, die Polens unabhängiges Dasein verbürgen. Diese Bürgschaft ist einerseits die Quelle tiefer Dankbarkeit für die Monarchen, andererseits für uns und unsere Regierung die Grundlage der Überzeugung, daß die Verwirklichung der staatlichen Unabhängigkeit Polens, in ihrem engen Einvernehmen mit den beiden Zentralmächten fortschreitend, in einem festen Bündnis mit diesen zum Ausdruck kommen wird.

Indem wir diesen Weg gehen, wünschen wir, daß Polen seine geschichtliche Sendung im Osten Europas verwirklicht, und wir glauben fest, daß unser Erfolg in hohem Maße davon abhängt, welche kulturelle und politische Reife wir im Innern unseres eigenen Volkes erlangen werden. Und deshalb, meine Herren, legen wir das größte Gewicht auf Ihre Arbeit, auf deren Verlauf und deren Ergebnisse. Tiefgerührt flehen wir Gott um seinen Segen für Sie an, der zugleich auch für Polen ein Segen werden wird.

**Die austro-polnische Lösung.** Die „Neue Freie Presse“ bringt in dem Morgenblatte

fom 18. Juni 1918 eine beachtenswerte Unterredung ihres Mitarbeiters mit dem sogenannten „Minister für Galizien“ von Twardowski:

Eine Lösung der polnischen Frage konnte Graf Burian in der knappen, ihm zur Verfügung stehenden Zeit naturgemäß nicht erzielen. Gelegentlich der Wiener Anwesenheit des Grafen Hertling dürften aber wesentliche Fortschritte zu gewärtigen sein. Man ist der Meinung, sagte Minister Twardowski, daß die polnische Frage noch im Laufe dieses Sommers ihre endgültige Erledigung finden wird.

Und in welcher Form ist diese Lösung geplant?

Nach meiner Meinung wird Graf Burian an der austro-polnischen Lösung festhalten. In welcher Gestalt diese austro-polnische Lösung gedacht wird, steht im einzelnen noch nicht fest. Der Grundgedanke bleibt jedenfalls, daß das ungeteilte Galizien nebst dem ungeteilten Kongreß-Polen im Verbands der Monarchie unter Habsburgischem Zepher vereinigt werden soll.

Was würde eintreten, wenn unerwarteterweise die austro-polnische Lösung doch aufgegeben werden würde? Ist in diesem Falle eine andere Lösung in Vorschlag gebracht worden?

Darüber ist mir nichts bekannt; doch eines muß ich betonen, daß, wie immer auch die Lösung der polnischen Frage ausfallen wird, sie auf jeden Fall im wesentlichen von den wirtschaftlichen Abmachungen zwischen den Staaten Mitteleuropas abhängen wird. Der Komplex der zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn zu treffenden wirtschaftlichen Fragen und die Lösung der polnischen Frage bilden also auch zeitlich eine unlösbar verbundene Gruppe.

Welchen Eindruck haben die Polen bei Ihrem Besuche in Budapest empfunden?

Die historisch bewährten Gefühle der Zusammengehörigkeit haben sich auch diesmal nicht verleugnet. Die Polen haben mit größter Befriedigung gesehen, daß sie auf die Hilfe der ungarischen Nation zur Erreichung ihrer politischen Ziele unbedingt rechnen können, um so mehr, da die polnischen und ungarischen Interessen parallel laufen.

Unser Gespräch wendete sich der Frage der angeblichen bevorstehenden Zweiteilung Galiziens zu. Ich erwähnte, daß man die

Neugestaltung der inneren Struktur Österreichs auch in Ungarn mit größtem Interesse verfolgt. Man sei nämlich dort der Ansicht, daß die Zweiteilung Galiziens, das heißt die Schaffung eines an Ungarn grenzenden ukrainischen Staates und das beschränkte Entstehen einer ruthenisch-irredentistischen Bewegung das ungarische Staatswesen alterieren werde. Das sei ja auch der Grund, weshalb Dr. Bekerle gegen eine solche Neuordnung der staatlichen Verhältnisse Einspruch erhoben hat. Ich fragte Erzelenz Twardowski, ob dies auch bei dem Besuche der Polen in Budapest zur Erörterung kam. Der Minister antwortete bejahend und fügte hinzu, daß auch in der Frage der Zweiteilung Galiziens die polnischen Politiker in Budapest vollste Übereinstimmung mit ihren Ansichten konstatieren konnten.

**Zur Dombrowski-Feier.** Aus Anlaß der hundertjährigen Wiederkehr des Todestages des polnischen Generals schreibt „Gozdina Polska“ (Lodz), Nr. 152 vom 6. Juni 1918:

„Trotz seines polnischen Namens und seiner polnischen Abstammung war dieser große polnische Patriot viel mehr ein polonizierter Deutscher als ein Pole. Bis zum Ende seines Lebens hat er nicht richtig polnisch sprechen gelernt, und er hat in deutscher Sprache eine Autobiographie für seine Kinder geschrieben, dieses Gedächtnisbuch einer bedeutenden großpolnischen Bewegung. Ein großer Verehrer der deutschen Poesie, namentlich des edlen und schwungvollen Dichters Schiller, trennte er sich nie von seinen Werken, sogar in den schweren Kampftagen nicht. In der Schlacht bei Nobi rettete ihm ein Band Schiller das Leben, da er die Kugel auffing, die die Brust des Generals getroffen hatte. Am 29. August 1755 in Pierzhowice bei Wodnia geboren, stammte Jan Henryk Dombrowski aus einer alten Soldatenfamilie. Sein Großvater kämpfte mit dem König Sobieski bei Wien, sein Vater war sächsischer Offizier. Seine Mutter war eine Tochter des Oberstleutnants von Lettow. Er wurde in Sachsen erzogen und trat in jugendlichem Alter in das sächsische Heer ein, in dem er zweiundzwanzig Jahre diente. Er lebte sich völlig in sein angenommenes Vaterland ein und verheiratete sich mit einer Deutschen, der Tochter des

Oberst Madel. Er dachte nicht daran, nach Polen zurückzukehren, sogar damals nicht, als der vierjährige Reichstag die Aufstellung einer Armee von 100 000 Mann beschloß und die polnischen Offiziere zum Eintreten in dieselbe einlud. Um die Einstellung des Dombrowski bemühte sich der Marschall Malachowski und der Fürst Czartoryski. Nach langem Zaudern entschloß sich Dombrowski hierzu im Jahre 1792, als der Krieg mit Rußland schon entbrannt war."

Zum Wahlsiege Korsantys im Reichstagswahlkreise Gleiwitz Lublinitz schreibt der „Dziennik Kurjowski“ Nr. 129 vom 6. Juni 1918: Nicht nur als Symbol des Sieges, sondern auch als Symbol des polnischen Charakters Schlesiens flattert heute lustig die weißrote Fahne im Wahlkreise zur Beschämung der Kleinmütigen und den Gegnern als Zeichen ihrer Niederlage. Es sei nicht zu bezweifeln, daß vom 6. Juni 1918 ab in der nationalen Entwicklung Schlesiens eine neue Etappe beginne, die durch den Glauben an die eigene Kraft des oberschlesischen Volkes veranschaulicht werde.

Der „Dziennik Bydgoski“ (Bromberg, Nr. 128 vom 8. Juni 1918) meint: Mehr noch als der Sieg Korsantys falle der Unterschied zwischen den polnischen und Zentrumsstimmen auf, gegen den die früheren Siege sich geradezu armselig ausnahmen. Das habe neben der beliebten Persönlichkeit des Abgeordneten Korsantys das Eindringen des nationalen Selbstbewußtseins in immer breitere Massen des polnischen Volkes in Oberschlesien bewirkt, und Lügen würden diejenigen gestraft, die den polnischen Geist in Oberschlesien zu unterdrücken trachteten.

„Gazeta Grudziadzka“ (Graudenz Nr. 66 vom 8. Juni 1918): Unter Hinweis auf die vom Abgeordneten Korsantys in Gleiwitz für die Deutschen abgehaltene Wählerversammlung empfiehlt die „Gazeta Grudziadzka“ den Polen, in Zukunft mehr solcher Versammlungen zu veranstalten, damit die gegen die Polen vorgebrachten Lügen berichtigt werden könnten. Durch eine solche Agitation unter den Deutschen könnte in Zukunft noch mancher Wahlkreis von den Polen errungen werden.

5.

## Neue Bücher

In Heft 20 der „Grenzboten“ vom Jahre 1916 hat Alfred Mello über Kriegsliteratur deutscher Arbeiter berichtet, die der Verlag von Eugen Diederichs in Jena gesammelt und herausgegeben hat. Derselbe Verlag legt jetzt je einen neuen Band von Heinrich Verch, Max Barthel und Karl Brügger vor. Sie sollten sowohl im künstlerischen, als auch im sozialpsychologischen Interesse gebührende Beachtung finden.

Heinrich Verch, der rheinische Kesselschmied, strömt in seinem Gedichtbuch „Deutschland“ (Preis 3 M.) eine heiße Seele aus. Kraftvoll wie seine Gefühle sind seine Worte. In seinem starken Lebensdrange ergreift ihn Entsetzen über den Krieg, doch verbindet ihn ein unlösbares Band der Gemeinschaft mit seinen Kameraden. „Kamerad, was du nicht hast — das will auch ich nicht haben!“ und im Bewußtsein der ungeheuerlichen Größe des Blutopfers findet er die stolzen Worte: „Und nun muß Deutschland unser gedenken und für uns stehen, sonst mag und wird Deutschland zugrunde gehen“. Zu seinen schönsten Gedichten zählt „Der eiserne Hauptmann“ — die geradezu plastische Schilderung einer Szene aus der Champagneschlacht, das „Bekenntnis“: „Ich glaub an Deutschland, wie an Gott!“ und „Heimweh“, das in die Worte ausklingt: „nach meiner Arbeit sehnt ich mich und diese sich nach mir.“

Aus den Versen des Arbeiters Max Barthel in dem Bande „Freiheit“ (Preis 2 M.) spricht ein gezügelteres Temperament. Auch in ihm lebt das Leid um den Krieg: „Der Himmel hat mit den Soldaten kein Erbarmen. Wir sind die Armsten von allen Armen“. Aber er findet doch die Kraft zur Überwindung und zum Preise der Tat: „In die Zukunft weist mein Sinn. Massengräber, endlos viele ... Aber auf zu neuem Ziele reißt die Tat, die Siegerin!“ Seine Aufgeschlossenheit für die Schönheit kann ihm auch das furchtbarste Geschehen nicht rauben: Rembrandt, Beethoven sind ihm in der Schlacht nahe.